



14.06.2018

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

Ratsgipfel vor großen Aufgaben

Am 1. Juli übergibt Bulgarien den Vorsitz im Ministerrat an Österreich. Zeit also, Bilanz zu ziehen. Gelegenheit dazu bot die Debatte im Vorfeld der anstehenden Tagung des Europäischen Rates Ende Juni. Unter dem Eindruck jüngster Ereignisse kreisten viele Redebeiträge um zwei Themen. Die kontroverse Entscheidung der neu formierten italienischen Regierung, einem Flüchtlingsboot den Zugang zu seinen Häfen zu verweigern, vergegenwärtigte wieder einmal den nach wie vor bestehenden Handlungsbedarf im Bereich der europäischen Migrationspolitik. Nur ein geeintes Europa kann seinen externen Herausforderungen gerecht werden. Nationale Alleingänge untergraben diesen Ansatz, weshalb es nun am Rat ist, endlich eine gesamteuropäische Lösung zu erarbeiten. Das zweite zentrale Thema war das Gipfeltreffen der G7-Staaten in Kanada, bei dem vergangene Woche wieder einmal die riesigen Differenzen zwischen US-Präsident Trump und uns Europäern im Bereich der Handelspolitik zutage getreten sind. Hier haben wir an die Staats- und Regierungschefs appelliert, Gegenmaßnahmen geschlossen einzuleiten und die Wettbewerbsfähigkeit durch einen Ausbau unserer Wirtschafts- und Währungsunion weiter voranzutreiben.

LKWs sollen sauberer werden

Über 40% der Emissionen auf europäischen Straßen sind auf Lastwagen zurückzuführen, doch anders als PKWs unterliegen sie bisher

keinerlei Beschränkungen beim CO₂-Ausstoß. Daher ist es naheliegend, mit den ambitionierten Zielsetzungen des Klimaabkommens von Paris 2015 im Hinterkopf, auch hier einzugreifen. Die jetzt beschlossene Neuregelung verpflichtet Hersteller, bestimmte Informationen zum Schadstoffausstoß neuer Fahrzeuge offenzulegen, darunter der Kraftstoffverbrauch und die CO₂-Emissionen in verschiedenen Fahrsituationen. Auf die Offenlegung bestimmter sensibler technischer Daten verzichten wir, um die europäischen Hersteller nicht auf dem globalen Markt zu benachteiligen.

Mehr Sicherheit über den Wolken

Das Parlament hat eine Modernisierung der Flugsicherheitsvorschriften verabschiedet. Das Votum stattet die Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA) mit den nötigen Kompetenzen aus, um sicherzustellen, dass die Vorschriften dem erwarteten Anstieg des Luftverkehrs in den kommenden Jahrzehnten gerecht werden, und gleichzeitig das hohe Niveau der Flugsicherheit in der EU aufrechtzuerhalten. Dies beinhaltet Maßnahmen wie Inspektionen, engere Kooperation mit nationalen Behörden und die Zertifizierung von Sicherheitsequipment. Außerdem bekommt EASA den Auftrag, ein neues System zur Datenübermittlung zu entwickeln, das die aus den 50er Jahren stammende Black-Box-Technologie ersetzen soll. Mit der Reform reagieren wir auf die neuen Herausforderungen, die der technische Fortschritt mit sich bringt. So erfreuen sich beispielsweise Drohnen immer größerer Beliebtheit. Nach den neuen Regeln müssen Drohnen so konstruiert sein, dass sie ohne

So können Sie mich erreichen

vor Ort: Tel. 07323 9523855 · info@inge-graessle.eu · Postanschrift: Grabenstraße 24 · 89522 Heidenheim
im Europäischen Parlament: Büro ASP 15E154 · Rue Wiertz · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · **im Netz:** www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle



Gefährdung von Personen betrieben werden können. Je nach dem Risiko, das zum Beispiel mit dem Gewicht einer Drohne oder dem Verwendungszweck zusammenhängt, muss das Gerät mit bestimmten Merkmalen oder Funktionen ausgestattet sein – etwa mit einer Landeautomatik, falls der Betreiber den Kontakt zur Drohne verliert, oder mit Kollisionsvermeidungssystemen. Derzeit gelten für die meisten Drohnen unterschiedliche nationale Vorschriften, was die Marktentwicklung behindern kann. Die neuen EU-weiten Sicherheitsstandards sollen daher auch Betreibern und Herstellern Planungssicherheit geben.

Wie weiter mit dem Iran?

Das unter großen Mühen erzielte Atomabkommen mit dem Iran muss aufrechterhalten werden. Das war das Ergebnis der Plenardebatte mit der Hohen Beauftragten für die EU-Außenpolitik, Federica Mogherini. Das Abkommen ist ein zentraler Pfeiler der weltweiten Anstrengungen, die Verbreitung von Atomwaffen einzudämmen. Die Beschränkung auf die zivile Nutzung der Atomkraft ist für die Sicherheitsinteressen weltweit ungeheuer wichtig. Multilaterale Vereinbarungen, die grundsätzlich funktionieren, dürfen nicht vom Verhalten einzelner Vertragsparteien abhängen. Durch den Ausstieg der USA aus dem Atomabkommen sind die Europäer in einer sehr schwierigen Lage: Einerseits soll das Abkommen aufrechterhalten werden. Andererseits sind europäische Unternehmen den Sanktionen der USA ausgesetzt. Die Europäer sind sich einig: EU-Unternehmen, die von den Sanktionen der USA betroffen sind, müssen wir so gut es geht

schützen. Dafür hat die EU das sogenannte „Blocking Statute“ aktiviert, das ab 5. August, pünktlich zum Inkrafttreten der US-Sanktionen einen Tag später, gelten soll. Über das Gesetz zur Abwehr von US-Sanktionen wird es europäischen Unternehmen verboten, sich an US-Sanktionen zu halten. Gleichzeitig können sie aber für möglicherweise entstehende Kosten und Verluste entschädigt werden. Mit dem Blocking Statute betreten wir jedoch Neuland, da es bisher noch nie angewandt wurde.

Reise durch Europa zu gewinnen!

Mit der Initiative „DiscoverEU“ vergibt die EU diesen Sommer 15 000 Travel-Pässe an junge Europäerinnen und Europäer (Einzelpersonen und Gruppen bis 5 Personen), die am 01.07.2018 genau 18 Jahre alt sind, die Lust haben, zwischen dem 9.7. und dem 30.9. für maximal 30 Tage ein bis vier europäische Länder mit dem Zug zu erkunden, und die bereit sind, in den sozialen Netzwerken über ihre Reise zu berichten. Bewerben kann man sich noch **bis zum 26.6. um 12 Uhr** auf https://europa.eu/youth/discovereu_de. Dort finden sich auch alle weiteren Informationen zur Teilnahme. Viel Glück!

Besuch aus der Heimat

Diese Woche konnte ich mich über die rekordverdächtige Zahl von sechs Besuchergruppen freuen: Das Gymnasium Friedrich II. aus Lorch, das Hariolf-Gymnasium Ellwangen, das Matthias-Grünwald-Gymnasium Tauberbischofsheim, die Waldorfschule Aalen, die Justus-von-Liebig-Schule Göppingen und die Vesperkirche Heidenheim/Giengen informierten sich vor Ort über meine Arbeit.

So können Sie mich erreichen

vor Ort: Tel. 07323 9523855 · info@inge-graessle.eu · Postanschrift: Grabenstraße 24 · 89522 Heidenheim
im Europäischen Parlament: Büro ASP 15E154 · Rue Wiertz · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · **im Netz:** www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · [Twitter: @inge_graessle](https://twitter.com/inge_graessle)